

## EINE ANDERE WIRTSCHAFTSORDNUNG

# Die große Transformation

Die Krise der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen unseres Gemeinwesens berührt inzwischen die Demokratie und die staatliche Souveränität. Wenn nicht länger der Staat das Geld schafft und regiert, sondern durch das Geld und die Märkte regiert wird, müssen wir uns fragen: Dient diese Wirtschaft noch unseren Bedürfnissen, oder dienen wir den Bedürfnissen der Wirtschaft?

Wenn die Renditekonkurrenz an ihr Ende kommt, müssen wir Wirtschaft neu denken.

*Von Harald Bender*

Die staatliche Refinanzierung der 2008 geplatzten Blasen des Investmentbankings ist heute weitgehend abgeschlossen: Die Bankbilanzen sind wieder „in Ordnung“, und aktuell sitzen die Banken auf einem gigantischen Liquiditätsüberschuss (rund 600 Milliarden nach *FAZ* vom 31. Januar 2013). Das Gegenteil gilt für die staatlichen Haushalte: In weiten Teilen Europas sind sie zerrüttet, und aus einer Krise des Finanzsystems ist eine Finanzierungskrise der öffentlichen Hand geworden. Dies verschärft die Geiselnhaft der Staaten gegenüber einem Finanzsystem, das dem vermeintlichen „Souverän“ die Bestandsbedingungen diktiert und seine eigenen Kriterien zur Richtschnur allen Handelns macht.

Die neue Situation ist durch zwei Grundmerkmale gekennzeichnet, die scheinbar ganz selbstverständlich mit den Bedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion einhergehen: Wir sehen zum einen eine kreditgesteuerte Marktkonkurrenz der Staaten untereinander. Was zuvor für die Verhältnisse zwischen einzelnen Unternehmen galt – gedeihen oder untergehen im Druck des Wettbewerbs – gilt heute für ganze Staaten: Wo die Rentabilität zu gering ist, werden die Zinsen zu hoch und droht die Zahlungs- und Handlungsunfähigkeit. Dies führt zum zweiten Kennzeichen der heutigen Situation: Die permanent wachsenden Ansprüche des Finanz- und Investment-Sektors

Harald Bender ist Mitherausgeber von *Kapitalismus und dann?*

werden im Zuge sogenannter „Anpassungsleistungen“ aus Lohnminderungen, Sozialabbau und der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen finanziert. Dies soll die Krisenstaaten in die Lage versetzen, ihre Kapitaldienste weiter erbringen und Kapitalrenditen weiter abführen zu können. Doch was ist die Folge dieser „Reformen“? Es ist das fortwährende Abfließen von Mitteln aus der Realwirtschaft – hin zu den großen Investment- und Hedgefonds, die diese Gelder weltweit neu in Stellung bringen. Und zwar dort, wo die „strukturellen Bedingungen“ am besten, sprich: die Löhne und Sozialleistungen am niedrigsten sind. Als deutscher Wirtschaftsminister hat Philipp Rösler dies anlässlich des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung 2012 beispielhaft illustriert, als er den weiteren Lohnrückgang als begrüßenswerte „strukturelle Verbesserung“ kennzeichnete.

Nun hat diese Form der „Verbesserung“ auch rein wirtschaftlich gedacht einen bedauerlichen Nachteil: In der strukturell vermeintlich besten Wirtschaft – in der nämlich die geringsten Löhne bezahlt werden – ist auch die Binnennachfrage am schwächsten. Deshalb ist Europa als Ganzes heute exportabhängig, so wie die deutsche Industrie schon lange abhängig ist von Exporten in die „strukturellschwachen“ Partnerländer. Es ist ganz einfach: Wenn die Beschäftigten das Geld nicht verdienen, um die Waren zu kaufen, die sie produzieren haben, muss exportieren

tiert werden. Die Exportnachfrage muss die mangelnde Binnennachfrage also ausgleichen. Es liegt auf der Hand, dass dies nur für einen Teil der Staaten eine Lösung sein kann, unter der exakt der andere Teil leidet. Der drastische Anstieg der Verschuldung Griechenlands fand nicht zufällig in einer Zeit statt, in der auch die deutschen Exporte in dieses Land florierten.

Seit Beginn der Finanzkrise wird die zunehmende Verschuldung, an der alle „Rettungsprogramme“ bislang nichts ändern konnten, als Folge politischer Fehler und schlechten Haushaltens verstanden. Dabei wird verkannt, dass im heutigen, modernen Geldsystem Zahlungsmittel grundsätzlich parallel zu Schuldverpflichtungen entstehen. Kein „Goldstandard“ und auch keine sonstigen „Reserven“ begründen den Wert des im Finanzsystem neu entstehenden Geldes, sondern nur die Verpflichtung der Schuldner, den Gegenwert in der Zukunft abzuliefern. Das Geld gründet insofern auf einer Schuldrechtsbeziehung. Und neues Geld, das die Banken schaffen, indem sie einen Kredit ausreichen, ist seiner Entstehung und seiner Deckung nach „Schuldgeld“. In diesem Geldregime wachsen die Schulden mit den Vermögen, und die Schere klappt immer weiter auseinander. Während die privaten Haushalte (Beispiel Deutschland) in der Bilanz aller Vermögen und Verbindlichkeiten heute ein Billionen schweres Plus aufweisen, sammeln sich die Schulden bei der öffentlichen Hand und den geringer verdienenden privaten Haushalten. Die derzeitige „Rettungspolitik“ hat dies europaweit noch verschärft: Während die enormen Gewinne, die aus den kreditfinanzierten Investitionen und Spekulationen resultierten, privat verbucht werden konnten, gingen und gehen die Verluste zu Lasten der öffentlichen Hand oder werden aus Lohnsummen und Sozialkassen bedient.

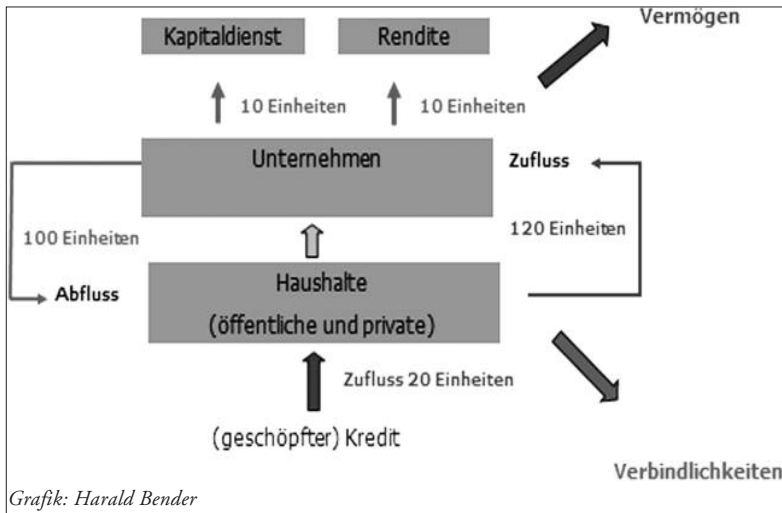
Warum nun nimmt die Summe aller Schulden permanent zu? Jeder kennt die ein-

fache Regel, dass niemand mehr ausgeben kann, als er eingenommen hat – es sei denn, er beansprucht einen Kredit. Die Lehrsätze der heutigen „Sparpolitik“ suggerieren, dieser Kreditbedarf sei vor allem in einem falschen Ausgabeverhalten begründet. In Wahrheit aber schafft die „ganz normale“ Geldzirkulation in unserem heutigen Wirtschaftssystem ein permanentes Ungleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen, das durch Kredit ausgeglichen werden muss. Dabei steigen Schulden und Vermögen spiegelbildlich.

Der Grund hierfür liegt nicht in mangelnder „Wettbewerbsfähigkeit“, d.h. relativ geringerer „Produktivität“ – solche Unterschiede gab es immer und wird es immer geben. Der tatsächliche Grund liegt vielmehr darin, dass Gelder aus dem Kreislauf von Löhnen und Umsätzen unproduktiv abfließen. Dies tritt dann ein, wenn Kapitaldienst erbracht wird – also Zinsen und Tilgungen gezahlt werden – oder wenn Renditen ausgeschüttet werden, also zum Beispiel Dividenden auf Unternehmensgewinne. Sobald diese Summen der Verfügung der Haushalte entzogen sind, die bei den Unternehmen einkaufen, fehlen sie im Kreislauf. Die Unternehmen müssten nun entweder mehr Umsatzerlöse einnehmen oder weniger Löhne und Gehälter auszahlen. In beiden Fällen ist das Gleichgewicht der Geldzirkulation aber nicht mehr gegeben, und die Haushalte müssen mehr ausgeben, als sie eingenommen haben. Das nun fehlende Geld muss also durch zusätzliche Summen kompensiert werden, wenn das System stabil bleiben und kein Umsatzeinbruch wegen fehlender Nachfrage folgen soll.

Woher kommen nun die zusätzlichen Summen, aus denen abfließender Kapitaldienst und abfließende Renditen wieder zugeführt werden? Sie kommen aus dem „Wiederauffüllen“ des sozusagen „leckgeschlagenen“ Kreislaufs – nämlich mit Kredit. Ohne den permanenten Zufluss „frischen

Geldes“ – und das heißt heute: neuer Kredite – wäre unsere Wirtschaft nur kurze Zeit überlebensfähig (siehe Abbildung).



Grafik: Harald Bender

Der Kredit wird von den Geschäftsbanken heute frei „geschöpft“. Es ist zusätzliches Geld, das entsteht, indem es auf dem Konto des Kreditnehmers als „Haben“ verbucht wird und dem Zahlungskreislauf zur Verfügung steht. Durch diesen Mechanismus, durch den die Verschuldung mit der zusätzlichen Geldmenge wächst, wird es möglich, aus der Zirkulation von Löhnen und Umsatzerlösen immer wieder Zins- und Renditeanteile abzuschöpfen, ohne dass die Akteure – Unternehmen oder Haushalte – dadurch zahlungsunfähig werden. So können große Vermögen außerhalb des ursprünglichen Austauschprozesses angehäuft werden, die mit einer gleich großen Summe an Verbindlichkeiten (Schulden) einhergehen. Man könnte auch sagen: Es sind die Schulden, die die Vermögen überhaupt erst möglich machen. Es wäre deshalb in der Tat naheliegend, einen tatsächlichen Schuldenabbau genau aus diesen Vermögen zu finanzieren, statt zum Beispiel aus einem Rückgang der Löhne und Sozialleistungen oder aus der Kürzung anderer staatlicher Leitungen. Denn all dies führt zu einem noch größeren Ungleichgewicht, das zu wieder neuem Kreditbedarf führen muss – also zu einer weiteren Umdre-

hung der Schuldgeldspirale. Während nun Schulden neue Schulden schaffen, können auf der „anderen Seite“ des Schuldgeldzirkels immer neue Gewinn- und Einkommensrekorde gefeiert werden.

Die anhaltende Krise ist weit mehr als eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist eine umfassende Zivilisationskrise, die unsere gesamten Lebensgrundlagen bedroht, indem sie die Welt mit allen natürlichen Ressourcen zur verwertbaren Ware macht. Ihre Ursachen liegen weder in der „Gier der Manager“ noch in der „Unfähigkeit der Politik“, geeignete Regeln für die Märkte zu schaffen. Sie liegen vielmehr in den strukturellen Mängeln einer Wirtschaftsweise, für die der Gewinn und seine Reinvestition als Kapital der Zweck des Wirtschaftens ist.

Bezogen auf das Finanzsystem führt diese Geld- und Renditesteuerung zu systematischen Rückkopplungen: Ein System, das mit Geld „arbeitet“, um mehr Geld zu „erwirtschaften“, ist selbstbezüglich. Es tendiert zur Resonanzkatastrophe, die wir aus dem Konzertsaal kennen, wenn das Mikrofon den verstärkten Ton wieder verstärkt und wir plötzlich nur noch ein schrilles Pfeifen vernehmen. Das Finanzsystem erzielt seine Überschüsse aus Beträgen, die für tatsächlich geleistete Arbeit nicht ausgezahlt wurden. Während es im Inneren immer größere Summen erzeugt, entwertet es reale Arbeit. Durch die private Aneignung der im Finanzsystem entstehenden Gelder vertieft es zugleich die soziale Spaltung: Es macht groteske Reichtümer bei den Finanzakteuren privat verfügbar, indem es der realen Wirtschaft die Mittel entzieht, die auskömmliche Einkommen und sozialen Ausgleich ermöglichen würden.

Kurz zum Thema „Wachstum“: Warum ist Wachstum die „Religion“ der Wirtschaftspolitik? Warum ist unsere Wirtschaft ohne Wachstum nicht lebensfähig? Die Antwort

liegt in der „ganz normalen“ Funktionsweise unserer heutigen Ökonomie: Sobald aus einem Unternehmen Zinsen oder Renditen abfließen, wird unter den Bedingungen des Renditewettbewerbs der Zufluss neuen Fremd- oder Eigenkapitals nötig. Das Unternehmen erhält aber nur dann einen neuen Kredit, wenn es auf die höheren Kreditsummen Zinsen zahlen und auf das höhere Kapital Rendite ausschütten kann. Unter Wettbewerbsbedingungen setzt dies in aller Regel Umsatzwachstum voraus. So schafft Wachstum immer neues Wachstum – beschleunigt durch den Zinseszineffekt. Stagnation aber bedeutet Niedergang und letztlich Insolvenz. Ein auf der gesamten Wirtschaft lastender Wachstumszwang – Wachsen oder untergehen! – steht hier im Widerspruch zur Nachhaltigkeit.

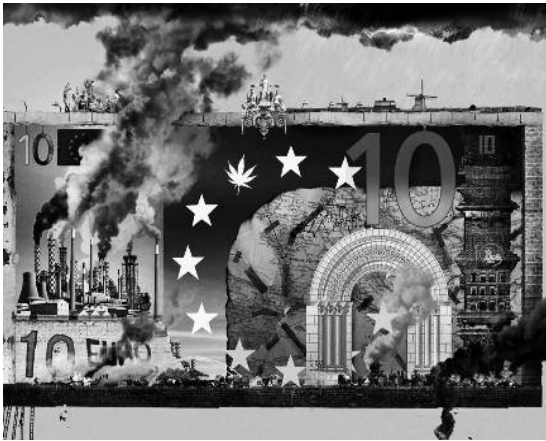
Unser heutiges System der Entstehung von Investitionskapital hat aus der Sicht öffentlicher Interessen zwei Nachteile: Es monopolisiert das Eigentumsrecht an neu entstehenden Finanzierungsmitteln in privater Hand, und es erzeugt zugleich Schulden beim Gemeinwesen. Wie können diese Nachteile vermieden werden? Der hier vorgeschlagene Weg besteht darin, privates Investitionskapital Schritt für Schritt durch öffentliches Kapital zu ersetzen. Ein solches Kapital wird öffentlich geschöpft – also von der Zentralbank im Auftrag des Souveräns in den Wirtschaftskreislauf eingebracht. Heutige „Schuldgeldschöpfung“ kann so durch „souveräne Geldschöpfung“ abgelöst werden. Dabei entsteht neues Kapital, das als öffentliches Gut nicht zugleich mit einer Schuldverschreibung einhergehen muss.

Wie kommt dieses öffentliche statt private Kapital nun in den Wirtschaftskreislauf? Wie wird es bereitgestellt und verteilt (Allokation)? Und wie wird sichergestellt, dass es wirtschaftlich sinnvoll verwendet wird, dass die Unternehmen also tatsächlich produktiv damit arbeiten und für die Volkswirtschaft etwas leisten?

Auch öffentliches Kapital muss wirtschaftlichen Leistungskriterien unterstellt werden, wenn es mit privatem Kapital erfolgreich konkurrieren, ja dieses mittelfristig ersetzen soll. Damit dies nicht politisch vermachet und bürokratisch entstellt wird, ist eine eigene Finanzkultur zu entwickeln, so wie es heute eine Rechtskultur oder eine wissenschaftliche Kultur gibt. Eine solche Kultur geht mit eigenständigen Institutionen einher, die unabhängig sind (wie z.B. die Justiz und die heutige Zentralbank), frei (wie im idealen Fall die Wissenschaft) und selbstverwaltet (wie z.B. der öffentlich-rechtliche Rundfunk). Diese unabhängigen Institutionen gehören nicht zur Bürokratie des Staates. Es gibt keine ministerielle Weisung und keinen Regierungsentscheid, der ihr Handeln rechtlich bestimmt. Dennoch sind es öffentliche, dem Recht, der Verfassung und damit dem Gemeinwohl unterstellte Einrichtungen, die in allen genannten Beispielen die ihnen vorgegebenen Kriterien erfolgreich umsetzen.

Öffentliches Kapital kann als gesellschaftlicher Vorschuss, den die Banken treuhänderisch verwalten, den Unternehmen zinslos zur Verfügung gestellt werden. Wenn damit eine dauerhafte und nachhaltige Wertschöpfung realisiert wird, ein Gemeinnutzen, kann es sogar vom Anspruch auf Tilgung freigestellt werden. So kann Geld ohne Schuld in den wirtschaftlichen Kreislauf gelangen und gesellschaftlichen Wohlstand steigern, ohne dass damit zugleich Verschuldung entsteht.

So wie es heute mit der monetären Bilanz eine für alle Unternehmen gleiche Betrachtung und Berechnungsweise gibt, in die alle Geldflüsse sowie die Rücklagen und Abschreibungen eingehen, muss es künftig eine gleichermaßen verbindliche Rechnungsweise geben, die außerdem soziale und ökologische Bilanzzahlen ausweist. In einer solchen Nachhaltigkeitsbilanz kann die Verwirklichung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Zwecke eines Unternehmens nach



Gazeta Mercantile

*Wieviel ist unser Geld wirklich wert?*

objektiven Maßzahlen dargelegt und bilanziert, das heißt gegen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten aufgerechnet werden. Wir haben es hier also mit drei im Prinzip gleichgewichtigen Kriterien zu tun statt wie bisher mit einem.

„Wettbewerbsfähig“ sind nach dieser neuen Bilanzierung – und damit der Steuerung des Zugangs zu Kapital – nicht mehr die Unternehmen, die klima- und umweltschädigend wenige oder gar keine Löhne, keine Steuern und keine Sozialleistungen erwirtschaften, sondern jene, die ökologisch verträglich so gut wirtschaften, dass sie sich auskömmliche Löhne, das Gemeinwesen finanzierende Steuern und solidarische Sozialleistungen „leisten“ können. So kann aus einem globalen Wettbewerb um effektiveres Lohn-, Steuer- und Sozialdumping ein globaler Wettbewerb um bessere Lebenschancen werden.

Was heute wie eine „archimedische Wende“ in der Betrachtungsweise wirkt, war auf volkswirtschaftlicher Ebene lange Zeit eine Selbstverständlichkeit: Die „modernsten“ und „produktivsten“ Volkswirtschaften hatten in der gesamten neueren Wirtschaftsgeschichte fast immer auch das höchste Pro-Kopf-Einkommen, da sie die am Markt begehrtesten Güter am effizientesten produzieren konnten und so von jedem Austausch profitierten. Erst die neoliberale

Wende, die ab den 1980er Jahren in Europa und den USA einsetzte und sich in Europa seit den 2000er Jahren radikalisiert, hat geringe Löhne und Einkommen zum Indikator der „Wettbewerbsfähigkeit“ nicht nur einzelner Unternehmen, sondern heute ganzer Volkswirtschaften stilisiert.

Die „alten“ Industrienationen nähern sich dadurch den Verhältnissen an, die früher nur in den sogenannten Entwicklungsländern herrschten: Als Niedriglohngebiete produzieren sie für einen externen – und das heißt heute: globalisierten – Markt. Warum aber ist ein Unternehmen, das hohe statt niedrige Einkommen erwirtschaftet, ökonomisch nachhaltig? Weil es seinen Markt eben nicht durch sinkende Löhne und damit sinkende Kaufkraft selbst beschneidet und in der Folge „neue Märkte“ erschließen muss, die die Kaufkraftlücke schließen können. Das Gegenteil ist der Fall: Die höheren Löhne stimulieren die Nachfrage auch an anderen Stellen und führen dort zu neuen wirtschaftlichen Chancen. So wie niedrigere Löhne andere vom Markt verdrängen, eröffnen umgekehrt höhere Löhne für andere einen Markt. Hier bewegen wir uns auf dem Boden der ganz klassischen volkswirtschaftlichen Kriterien, die heute – insbesondere in der „Euro-Zone“ – auf den Kopf gestellt worden sind.

*Soll das Geld drucken weiterhin in privater Hand bleiben? (USA, 1916)*



fineartamerica.com: Geld druckeret Washington 1916